

Das Beste aus Thüringen.

**thueringer-allgemeine.de**

In Kooperation mit Ostthüringer Zeitung und Thüringische Landeszeitung.



## NS-Opfer bereiten Milliardenklage gegen Deutsche Bahn vor



Osteuropäische NS-Opferverbände fordern von der Deutschen Bahn AG Entschädigungen in Milliardenhöhe.  
Archiv-Foto: Alexander Volkmann

**Der Deutschen Bahn AG könnte eine Milliardenklage auf Entschädigung durch osteuropäische NS-Opferverbände drohen. Eine Duisburger Anwaltskanzlei hat gegenüber unserer Zeitung angekündigt, eine entsprechende Klage mit einer Forderung von knapp zwei Milliarden Euro Ende Juni in den USA einreichen zu wollen.**

Erfurt. Die Bahn reagierte zurückhaltend auf die Ankündigung. "Im Zuge der Bahnreform wurde 1994 gesetzlich geregelt, dass etwaige Ansprüche gegen die ehemaligen Staatsbahnen an die Bundesrepublik Deutschland übergehen", erklärte ein Bahnsprecher. Damit sei die Deutsche Bahn der falsche Adressat für die jetzigen Forderungen.

Das zuständige Bundesverkehrsministerium verweist darauf, dass die Bahn wie viele weitere deutsche Unternehmen in die im Jahr 2000 gegründete Stiftung "Erinnerung, Verantwortung, Zukunft" (EVZ) zur Entschädigung von Zwangsarbeitern und anderen NS-Opfern mit eingezahlt hat.

"Wie für alle anderen Unternehmen, die sich am Stiftungskapital beteiligt haben, gilt auch für die Deutsche Bahn der damit bewirkte umfassende Rechtsfrieden", sagt Ministeriumssprecherin Vera Moosmayer unserer Zeitung. "Raum für weitere Leistungen sehen wir nicht." Neue Entschädigungsforderungen dürften keinen Erfolg haben.

Dem widersprach der klagende Anwalt Heinz Josef Sehr. Er will die Regelung von 1994 anfechten, aber auch das Stiftungsgesetz, weil die Firmen sich darin nur zu ihrer moralischen, nicht aber zu ihrer juristischen Schuld bekannt haben. "Wir

werden im Laufe des Verfahrens belegen, dass die Ausgliederung der Deutschen Bahn im Zuge der Wiedervereinigung ausschließlich den Zweck verfolgte, die Gläubiger der Deutschen Reichsbahn zu benachteiligen", erklärte der Anwalt und meint damit auch NS-Deportierten, die für ihren Transport noch die Zugfahrkarten kaufen mussten.

Andere Opfergruppen wie die Zwangsarbeiter in der deutschen Landwirtschaft oder in den von den Nazis besetzten Gebieten hätten bisher fast gar keine Entschädigung erhalten, kritisiert Markijan Demidow, Vorsitzender des ukrainischen Verbandes der Häftlinge vor wenigen Tagen in der ukrainischen Hauptstadt Kiew.

Sein Verband gehört zu der Gruppe von Opferverbänden, die die angestrenzte Entschädigungs-Klage gegen die Deutsche Bahn in den USA mit unterstützen.

Die Möglichkeit, in den USA und nicht nur in Deutschland zu klagen, sieht Anwalt Sehr deshalb gegeben, weil eine Logistiktochter der Deutschen Bahn in den Vereinigten Staaten eine Filiale betreibt. Der Anwalt kooperiert nach eigenen Angaben bei den Vorbereitungen mit einer großen amerikanischen Kanzlei.

Über die im Jahr 2000 gegründete Stiftung EVZ wurden von insgesamt 10,1 Milliarden Mark Stiftungskapital knapp 8,7 Milliarden Mark (rund 4,4 Milliarden Euro) individuell an überlebende Zwangsarbeiter als Entschädigung ausgezahlt.

Mit dem verbliebenen Kapital werden Projekte zur Unterstützung der noch lebenden NS-Opfer sowie zivilgesellschaftliches Engagement gefördert.

### Die Stiftung EVZ

Im Vorjahr verfügte die Stiftung EVZ über 425 Millionen Euro Kapital.

Knapp 7 Millionen Euro wurden 2010 für die Projektförderung ausgegeben.

Das Geld kam insgesamt 320 Projekten zugute.

Seit dem Jahr 2000 flossen insgesamt 60,4 Millionen Euro Fördergelder.

Damit wurden 2345 Projekte unterstützt.

4,4 Milliarden Euro dienten der Entschädigung von Zwangsarbeitern.

[NS-Zwangsarbeiter fühlen sich vernachlässigt <NS-Zwangsarbeiter-fuehlen-sich-vernachlaessigt-1649317403>](#)

[Duisburger Anwaltskanzlei setzt sich für Entschädigung ein <Anwalt-will-Entschaedigung-fuer-Osteuropaeische-Opferverbaende-1739470314>](#)

Kai Mudra / 20.05.11 / tag

Z83B5K1110129

